

Wie weiter mit der LINKEN in Sachsen?

Maithesen

„Die strategische Kernaufgabe der LINKEN besteht darin, zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen, um eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft und eine linke, demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik durchzusetzen.“

Erfurter Programm 2011

Präambel

Die gesellschaftlichen Verhältnisse in Sachsen sind eingebettet in eine sich verändernde Welt. Der globale Kapitalismus befindet sich derzeit in einer tiefen Umbruchphase, bei der durch die ungehemmte Fortsetzung des Neoliberalismus immer stärker eine „kannibalische Weltordnung“ (Jean Ziegler) hervortritt. Die Demokratie wird durch diesen Prozess, der von den politischen Eliten gezielt vorangetrieben wird, „marktkonform“ umgestaltet, weiter entleert und schrittweise zerstört. Der Grundzusammenhang Kapitalismus – Krise – Krieg – Imperialismus – Armut – Umweltzerstörung – anwachsende Flüchtlingsbewegungen – autoritäre Herrschaftsmuster ist sehr stabil, wird aber auch vielen Menschen zunehmend bewusster und ruft vielfältigen Widerstand hervor. Für die weltweite linke Bewegung ist es eine große Verantwortung, diese verheerende Entwicklung aufzuhalten, zurückzudrängen und mittelfristig eine hegemoniale Gegenbewegung aufzubauen und ein linkes Milieu zu entwickeln. Dabei kommt der europäischen Linken, speziell der Partei DIE LINKE, eine besondere Rolle zu, denn die BRD erfüllt als EU-Hegemonialmacht eine Schlüsselfunktion beim Auf- und Ausbau der neuen Weltordnung.

Auf dem bevorstehenden Bundesparteitag werden Grundfragen der strategischen Ausrichtung unserer Partei eine wichtige Rolle spielen. Die Debatte dazu strahlt selbstverständlich auch auf die Landesverbände aus und umgekehrt. Schon vor dem Parteitag in Bielefeld findet eine Strategiekonferenz der sächsischen LINKEN statt, der im September ein Landesparteitag folgt. An der in Sachsen begonnenen Strategiedebatte möchte sich der im März 2015 gegründete Liebknecht-Kreis Sachsen auf der Basis des sozialistischen Pluralismus im Sinne des Erfurter Programms von 2011 aktiv beteiligen. Ausgangspunkt unserer Überlegungen sind die sich abzeichnenden organisatorischen und politischen Schwierigkeiten unserer Partei: Aufgrund der demografischen Struktur unserer Mitgliedschaft bröckeln unsere Strukturen vor Ort. Unsere Ausstrahlungskraft in außerparlamentarische Bewegungen schwindet. Seit 10 Jahren sind unsere Wahlergebnisse rückläufig. Auch die zumindest jetzt noch vorhandene Durchsetzungskraft der SPD in der Staatsregierung fordert uns ein Nachdenken über zeitgemäße Oppositionspolitik ab. Angesichts dieser Entwicklungen halten wir eine strategische Neuausrichtung der sächsischen LINKEN für unverzichtbar. Die vorliegenden Thesen sind dafür unser Diskussionsangebot.

1.

Die politische Situation in Sachsen ist seit einem Vierteljahrhundert von der stabilen Hegemonie der CDU geprägt, was sich mittelfristig kaum ändern dürfte, sofern die ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen grundsätzlich unverändert bleiben.

Die CDU hat in Sachsen seit 1990 faktisch die Funktion einer Staatspartei inne. In keinem anderen Bundesland – mit Ausnahme von Bayern – nimmt eine Partei auf Landesebene eine derart starke und unzerbrechlich scheinende Stellung ein. Bis heute gibt es weder eine rechnerische noch gar eine politische Mehrheit links von der CDU, die mehrere klassische Herrschaftstechniken für ihre hegemoniale Machtabsicherung geschickt verknüpft. Insbesondere das verästelte System der Ämtervergabe auf allen Ebenen und der vom größten Teil der Bevölkerung weiter getragene Sachsen-Mythos sind wichtige Pfeiler der christdemokratischen Macht. Die ungebrochen hohe Zustimmung der Wählerschaft zur CDU-Politik stützt sich auf das getrimmte Bild vom „Primus des Ostens“. Diese Botschaft bzw. dieses überhöhte

Selbstbild ist in der öffentlichen und in der veröffentlichten Meinung nahezu reflexhaft abrufbar und erweist sich selbst bei großen Skandalen (Landesbank, Sachsensumpf usw.) als extrem stabil.

Neben diesen eher „soften“ Machttechniken führt die sächsische CDU auch eine Art rechten Kulturkampf: Bei der Bekämpfung unliebsamer politischer Bestrebungen (Antifaschismus u. ä.) wird dazu auch auf repressiv-autoritäre Methoden („sächsische Demokratie“) zurückgegriffen.

2.

Eine weitere massive politische Rechtsentwicklung, die Forcierung eines rechten Kulturkampfes und der Ausbau autoritär-repressiver Herrschaftsmechanismen sind in Sachsen eine realistische Option künftiger Entwicklung.

Die durchgängige Herrschaft der CDU – seit 2004 mit wechselnden Juniorpartnern in der Regierung – wird in Sachsen seit Jahren von einer stabilen Wählerschaft rechts von der CDU im zweistelligen Bereich (NPD, AfD usw.) flankiert und abgesichert. Mit PEGIDA und Ablegern hat sich darüber hinaus seit Herbst 2014 in bundesweit einmaliger Weise eine ausländergefeindliche außerparlamentarische Opposition gebildet, die das politische Koordinatensystem im Freistaat weiter nach rechts verschiebt. Damit wird die Rolle der sächsischen CDU, die bundesweit der am weitesten rechts stehende Landesverband ist, ausgebaut und zugleich ihr Spielraum in zweifacher Hinsicht erweitert: als Bollwerk gegen emanzipatorische Bewegungen und ggf. als Versuchslabor für einen verschärften neoliberalen Politikstil.

Bei einer weiteren Zuspitzung der gesellschaftlichen Krise besteht die reale Gefahr, dass sich in Sachsen als erstem Bundesland ein handlungsfähiger Rechtsblock von konservativen Eliten, Rechtspopulisten und Rechtsextremisten formiert, der bei den nächsten Landtagswahlen 2019 zu einem Regierungsbündnis aus CDU und AfD – deren autoritär-plebiszitäres Strategiekonzept man keinesfalls unterschätzen darf – führen könnte.

Sollte diese Entwicklung nicht eintreten, tritt bei Abwägung aller derzeit bekannten Umstände schon jetzt in Grundzügen die wahrscheinliche Machtkonstellation für die Landtagswahlen 2019 hervor. Sofern die CDU nicht die absolute Mehrheit holt – was im Falle des Gewinns aller Direktmandate keine abwegige Option ist – wird die SPD aus der Position des Juniorpart-

ners heraus antreten. Um sich die Rückkehr in die schwarz-rote Koalition offenzuhalten, dürfte sich die SPD erneut einem offensiven Lagerwahlkampf gegen die CDU verweigern. Rot-Rot-Grün würde dann erneut keine Chance eingeräumt, da neben der rechnerischen Mehrheit auch die erklärte Bereitschaft aller notwendigen Partner fehlen würde. Eine Wiederholung unserer auf rot-rot-grün ausgerichteten Wahlstrategie von 2014 würde zu weiteren Verlusten führen.

3.

Die festgefahrenen politischen Strukturen tragen in Sachsen bei einem großen Teil der Bevölkerung zu einer wachsenden Parteien- und Politikverdrossenheit bei, mit der sich die sächsische LINKE allerdings nicht abfinden darf.

Wie auch auf Bundesebene hat sich auch in Sachsen in den letzten Jahren gezeigt, dass Wahlbeteiligung oder Wahlenthaltung zu einer Klassenfrage geworden sind. Unübersehbar ist die überdurchschnittliche Wahlbeteiligung der wirtschaftlichen Elite und des Bildungsbürgertums und eine zunehmende Wahlenthaltung gerade in jenen Teilen der Bevölkerung, die besonders stark von sozialen Kürzungen und einer unsicheren Lebenssituation betroffen sind und die zugleich eine Hauptgruppe unserer Wählerschaft bilden.

Wahlergebnisse sind längst nicht mehr sozial repräsentativ und entfernen sich immer weiter von diesem wünschenswerten Zustand. Eine soziale Spaltung der Demokratie ist die Folge, die zur weiteren Stabilisierung der neoliberalen Politik führt. Zunehmende politische Frustration, Apathie und Resignation sind darüber hinaus ein wichtiger Nährboden für die ausländerfeindliche PEGIDA-Bewegung, die sich den Bruch der „Resonanzachse zwischen der etablierten Politik und weiten Teilen der Bevölkerung“ (Hartmut Rosa) geschickt zunutze macht.

Die meisten Parteien haben sich damit abgefunden, dass „die Demokratie als Resonanzsphäre zu verstummen droht“ (Hartmut Rosa) und sich daher immer mehr Menschen von ihr geistig verabschieden. Die LINKE darf aber nicht hinnehmen, dass in der „Postdemokratie“ die Politik und vor allem die Wahlkämpfe immer mehr als hohles Spektakel inszeniert werden und zugleich die politische Energie aus den Institutionen einer zunehmend „entleerten“ Demokratie entweicht. Wir müssen gerade in Sachsen diese neoli-

berale Ent-Demokratisierung offensiv angreifen. Es ist die Ausarbeitung einer „links-popularen Gegenstrategie“ (Bernd Riexinger) erforderlich, bei der es in Auseinandersetzung mit einer autoritären Krisenpolitik und einem massiven rechten Kulturkampf auch auf Landesebene darum geht, die soziale Frage wieder als Klassenfrage in den Mittelpunkt zu rücken. Darüber hinaus sind wir gefordert, das Thema direkte Demokratie als ein zentrales Kampffeld zu besetzen. Die Meinungsführerschaft um ihren Inhalt und ihre Form darf nicht den Rechten überlassen werden. Vielmehr müssen die progressiven Elemente des direktdemokratischen Diskurses in eine umfassende egalitäre Veränderungsperspektive eingebaut werden.

4.

DIE LINKE hat in den letzten zehn Jahren von ihrem Charakter als einstiger Mitgliederpartei viel verloren und ist insbesondere in den meisten Landkreisen nur noch bedingt personell wahrnehmbar; zudem ist ihre Verankerung in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zurückgegangen.

Die Mitgliederzahl des Landesverbandes ist mittlerweile auf etwa 9.000 gesunken. Auf Grund des hohen Altersdurchschnitts liegt die Zahl derer, die aktiv politisch wirken, noch weit darunter und dürfte inzwischen nicht höher sein als bei der SPD. Die Hauptursache für den Mitgliederrückgang sind Sterbefälle. Danach folgen Parteiaustritte aus inhaltlichen Gründen oder weil die Betroffenen die Anbindung an die territorialen Gliederungen verloren haben. Die Zahl der Orte, in denen kein einziges Parteimitglied mehr existiert, ist deutlich größer geworden. Von einem früher gekannten interessanten Mitgliederleben kann in zahlreichen noch bestehenden Basisorganisationen immer weniger gesprochen werden. Das alles mindert die Attraktivität unserer Partei vor Ort, so dass kaum neue Mitglieder gewonnen werden. Dieser Gesamttrend lässt sich beileibe nicht nur in kleineren Orten erkennen, sondern hat immer stärker selbst auf ehemalige Kreisstädte übergegriffen. Hinzu kommt, dass die staatliche Kreisgebietsreform von 2008 strukturell immer noch nicht voll bewältigt ist und mancherorts nach wie vor in den alten Kreisstrukturen gedacht wird. Auch der Zusammenschluss von PDS und WASG hat bestenfalls zu einer kurzzeitigen Verlangsamung des Mitgliederrückgangs geführt, zumal gegenwärtig nur noch ganz wenige ehemalige Mitglieder der WASG in unseren Reihen aktiv sind.

Insgesamt gehören unserer Partei immer weniger Mitglieder an, die aktiv im Berufsleben stehen. Das führte nicht zuletzt auch zu einer Schwächung unserer personellen Verankerung in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Kein tragfähiges Konzept gibt es nach wie vor zur Einbeziehung neuer Mitglieder; viele verlassen unsere Partei wieder, weil sie möglicherweise bei ihrem Parteieintritt Vorstellungen hatten, die für sie nicht aufgegangen sind.

5.

Ein zentraler Aspekt unserer Wahlkämpfe ist die Beachtung allgemeiner wahlstrategischer Erfordernisse. Wahlstrategie ist die Mobilisierung von Mitgliedern, Anhängern und SympathisantInnen einer Partei, sie zu wählen und im Wahlkampf für sie zu werben.

DIE LINKE, wie jede andere Partei, die bei Wahlen erfolgreich sein will, darf sich im Wahlkampf (und in gewisser Hinsicht gibt es immer Wahlkampf) nicht über ihr Verhältnis zu anderen Parteien definieren. Ihr eigenständiges politisches Profil muss im Mittelpunkt ihrer positiv formulierten, selbstbewussten Wahlwerbung stehen. Dazu gehören die deutliche Kritik der Regierungspolitik und die Abgrenzung gegenüber den anderen Parteien. In aller Regel tritt sie in diesem Sinne in den Wahlkämpfen als Oppositionspartei auf.

DIE LINKE muss auf eine verständliche Weise – im Wahlprogramm, auf ihren Wahlplakaten, in den Wahlreden usw. – einige wenige politische aktuelle Vorhaben formulieren, die ihre Eigenständigkeit und ihre politischen und sozialen Vorhaben, für die sie im Parlament und außerhalb des Parlaments kämpfen wird, einprägsam deutlich machen. Dies müssen Vorhaben sein, die an berechnete Sorgen der Wählerschaft und der uns nahestehenden politischen Akteure (Gewerkschaften, Friedensbewegung, Verbände, Vereine, Bürgerinitiativen usw.) anknüpfen.

Der Wahlkampf einer linken Partei muss an Stimmungen zu ihren Gunsten im Alltagsdenken (als Partei der sozialen Gerechtigkeit) anknüpfen und diese verstärken. Eine erfolgreiche Wahlstrategie muss sich darüber hinaus immer auf bestimmte Zielgruppen konzentrieren. Es geht zum einen um spezifische Forderungen im Interesse soziodemografisch konkret definierter Gruppen. Zum anderen geht es um unsere wahlstrategische Reaktion auf sichtbare oder drohende Einbrüche unserer Partei bei bestimmten anderen Gruppen.

DIE LINKE hat zu beachten, dass Wahlkämpfe stets von einer optimistischen Grundstimmung getragen sein müssen. Wahlen sind nicht mit pessimistischen „Botschaften“ zu gewinnen. DIE LINKE untergräbt aber ihre eigene Glaubwürdigkeit, wenn sie Dinge verspricht und dabei nicht zugleich deutlich macht, dass erst einmal die gegebenen Hegemonieverhältnisse verändert werden müssen.

6.

Bei Wahlen musste die sächsische LINKE in den letzten zehn Jahren in der Summe erhebliche Einbußen hinnehmen. Die bisherige Auswertung der Landtagswahlergebnisse vom 31. August 2014 erfasst die Ursachen für diese Entwicklung unzureichend.

Bei Landtagswahlen hat sie seit 2004 erheblich sowohl absolut als relativ verloren. Erreichte sie 2004 noch 23,6 Prozent, so 2009 20,6 Prozent und 2014 nur noch 18,9 Prozent. Es gibt Langzeittrends, die uns beunruhigen sollten: Wir verlieren deutlich an das Nichtwählerlager, obwohl wir in der Opposition sind. Unser Ansehen als linke Protestpartei bröckelt. Wir vermögen es spätestens seit 1999 nicht mehr zu verhindern, dass politische Unzufriedenheit bei Wahlen zur Stärkung rechtsgerichteter Kräfte führt. Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, werden die Wahlerfolge der rechtspopulistischen AfD oder ähnlicher Parteien noch größer ausfallen. Die Stimmabgabe für die LINKE seitens der abhängig Beschäftigten und sozial Benachteiligten, deren Interessen wir im besonderen Maße vertreten wollen, stagniert oder ist rückläufig. Dies gilt es zu analysieren und zu berücksichtigen.

Die bisherigen Analyseversuche der Mehrheit des Landesvorstandes zur Wahlniederlage am 31. August 2014 gehen den wirklichen Ursachen nicht tief genug auf den Grund, zumal der strategische Kurs auf rot-rot-grün als „alternativlos“ beschrieben wird. Diese Orientierung läuft darauf hinaus, das bisherige Verständnis der LINKEN in Sachsen als Regierungspartei im Wartestand beizubehalten und eine Profilschärfung unter Hinweis auf die zu erwartende „Abnutzung der CDU“ zu verweigern.

Das Ansehen unserer Partei beruht aber maßgeblich darauf, dass sie die Dinge beim Namen nennt und dass eine Stimmabgabe für sie von vielen immer noch als Proteststimme angesehen wird. Eine Diskussion zur Profilschärfung ist daher zwingend angebracht.

Es wurde zudem bislang nicht ernsthaft untersucht, weshalb beispielsweise in Chemnitz und Leipzig überdurchschnittlich gute Wahlergebnisse erreicht wurden und weshalb einige der dortigen DirektkandidatInnen Spitzenergebnisse in ihren Wahlkreisen verbuchen konnten. Es ist an der Zeit, endlich die Erfahrungen derer zur Kenntnis zu nehmen, die solche Resultate erreicht haben und diese Erfahrungen zu verallgemeinern.

7.

Wenn die LINKE in Sachsen eine tragfähige Zukunftsstrategie beschließen will, dann muss sie Zukunftsstrategie primär als Gesellschaftsstrategie verstehen, als eine aktuelle, mittelfristige und langfristige Handlungsorientierung, die auf soziale und politische Verbesserungen in der bestehenden Gesellschaft und auf die Schaffung einer neuen Gesellschaft gerichtet ist.

Eine solche Handlungsorientierung verlangt zunächst eine realistische sozialökonomische und politische Lageanalyse. Der heutige Finanzkapitalismus ist durch ökonomische Krisen, aber auch durch recht stabile politisch-ideologische Hegemonieverhältnisse zu Gunsten des Kapitals geprägt. Erneute große ökonomische und finanzpolitische Krisen zeichnen sich ab. Die Politik des Neoliberalismus, der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von Unten nach Oben, der Absenkung sozialer Leistungen und der Privatisierung von Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge verlangt politische Gegenwehr von links. DIE LINKE findet im Kampf gegen diese Politik weder in der SPD noch in den Grünen derzeit mehrheitsfähige Bündnispartner. Es gibt in der sächsischen Gesellschaft, aber auch im Parteiensystem momentan keine linke Mehrheit, die parlamentarisch eine „politische Wende“ gegen den Neoliberalismus durchsetzen will oder kann.

Linke Politik darf diese machtpolitischen Gegebenheiten nicht ignorieren. Sie muss sie zum Ausgangspunkt auch ihres aktuellen politischen Handelns und Kämpfens machen. Politische Gestaltung von links muss mit der Mobilisierung der Betroffenen gegen diese Politik und den Kampf für konkrete soziale und politische Verbesserungen einhergehen.

Gesellschaftsstrategie im Sinne des Erfurter Programms muss vor allem darauf ausgerichtet sein, die politischen Kräfteverhältnisse zu ändern und andere Hegemonieverhältnisse in der Gesellschaft zu erkämpfen. Eine Orien-

tierung auf Regierungsbeteiligung ist nach diesem Programm dann sinnvoll, wenn dafür bestimmte Voraussetzungen gegeben sind. Ansonsten gelten die „rote Haltelinien“ des Erfurter Programms.

8.

Der Platz der LINKEN auf Landesebene besteht in den nächsten Jahren in der Ausprägung und Stärkung ihrer Oppositionsrolle, nicht der als faktischer Regierung im Wartestand. Das heißt aber nicht, dass eine Regierungsbeteiligung generell abzulehnen ist, sofern dafür die gesellschaftlichen Voraussetzungen gegeben sind.

In der Anfangsphase der PDS gab es eine Losung mit tiefem Symbolgehalt: „Veränderung beginnt mit Opposition“. Dieser Slogan hat gerade für das heutige Sachsen nichts an Aktualität verloren. Dabei geht es freilich nicht allein um eine grundsätzliche Opposition zu den gegenwärtigen Verhältnissen, obwohl diese nie aus den Augen verloren werden darf, sondern zunächst um eine klare Positionierung gegen den Regierungskurs und die diesen tragende Koalition. Die Erfahrungen in den bisherigen fünf Legislaturperioden des Sächsischen Landtages sollten eigentlich für die Bestimmung der Rolle der aktuellen Linksfraktion deutlich gemacht haben: Opposition ist gegenüber dem Regieren nichts Minderwertiges. Vielmehr kann eine linke Opposition, wenn sie konsequent praktiziert wird und vor allem von Gewerkschaften und Sozialbewegungen mit getragen wird, für die Menschen sogar mehr bewirken als eine Regierungsbeteiligung. Dabei geht es stets um konstruktive Opposition, nicht um das Dagegensein um jeden Preis.

9.

Anstatt den (finanz)politischen Rahmen, den die Staatsregierung vorgibt, vorbehaltlos zu akzeptieren, sollten wir uns aus der Opposition heraus als radikal-reformerische und glaubwürdige Gestaltungskraft profilieren.

Die sächsische LINKE sollte sich als gestaltende Oppositionskraft verstehen und die ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten als gesellschaftspolitische Alternativkraft entsprechend glaubwürdig nutzen. Vorstellbar ist z. B.

eine – noch zu konkretisierende – Fokussierung unserer parlamentarischen und außerparlamentarischen Arbeit auf zwei Schwerpunkte, mit denen wir uns von übrigen Bewerbern abheben könnten.

1. Aufbauen von Druck und Unterbreiten konkreter Vorschläge, wie die Einnahmeseite des Landeshaushaltes verbessert werden kann, anstatt immer nur innerhalb des vorgegebenen Haushaltes umzuverteilen. Dort gibt es insgesamt nicht genug Spielraum, um das eigene Politikangebot stark genug von SPD und Grünen abzusetzen. Die Umsetzbarkeit im Staatshaushalt stellt schließlich ein entscheidendes Kriterium für glaubwürdige Politik dar. Eine solche „smarte Radikalisierung“ unserer Forderungen wäre allerdings nur in Verbindung mit bundes- und europapolitischen Bezügen möglich.

2. Fokussierung auf politisch-normative Vorhaben, die nicht unmittelbar haushaltsrelevant sind und somit einem geringeren Rechtfertigungsdruck unterliegen. Fragen wir z. B. nicht mehr „nur“ danach, wie wir Bildung finanzieren können, sondern vor allem danach, wie Bildung im Interesse emanzipatorischer Gesellschaftsentwicklung aussehen sollte. Die Suche nach Themen und Projekten, die in Richtung beider Auswege weisen, sollte uns verstärkt beschäftigen.

10.

DIE LINKE muss als eigenständiger und unverzichtbarer Teil der Gesellschaft erkennbar sein und deshalb ihre inhaltlichen und personellen Alleinstellungsmerkmale als Partei des demokratischen Sozialismus, insbesondere gegenüber der SPD und den Grünen, ausprägen.

Der Gebrauchswert einer Partei bemisst sich auch an ihren bei Wahlen erzielten Ergebnissen. Wahlen sind zugleich ein entscheidender Gradmesser dafür, ob es einer Partei gelingt, sich zumindest für einen relevanten Teil der Bevölkerung als Interessenvertreterin zu erweisen. Das setzt allerdings ein klar erkennbares Profil voraus, das sich von allen anderen Parteien unterscheidet. Es geht damit um so genannte Alleinstellungsmerkmale, insbesondere gegenüber Parteien, die bei ihrer Wähleransprache ähnliche Zielgruppen in den Blick nehmen. Im Konkreten meint das vor allem die SPD und auf Teilgebieten die Grünen. Bei alledem darf freilich nicht unbeachtet bleiben, dass für DIE LINKE in Sachsen die CDU der Hauptgegner bleibt und dass man mit ihr keine programmatischen Schnittmengen hat. Ganz anders sieht

das gegenüber SPD und Grünen aus, was für eventuelle spätere Regierungskoalitionen maßgeblich sein kann.

Deshalb darf es gerade in Wahlkämpfen nicht zum bewusst vollzogenen Einleben der Unterschiede kommen, weil Wählerinnen und Wähler sehr wohl erkennen sollten, weshalb sie ihre Stimme der LINKEN und eben nicht SPD oder Grünen geben sollen. Genau das wurde im Vorfeld der letzten Landtagswahlen unterschätzt. Deshalb muss umgehend klar gestellt werden, worin das eigenständige inhaltliche Profil der sächsischen LINKEN besteht. Dabei sollte es zunächst um Bereiche wie Friedenssicherung, humanitäre Flüchtlingspolitik, soziale Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung, Bildungschancen für alle sowie Interessenvertretung der Ostdeutschen gehen, zumal unserer Partei bei entsprechenden Umfragen besonders hohe Kompetenzwerte in vielen dieser Bereichen zugewiesen werden, die allerdings zum Teil rückläufig sind.

11.

Als linke Partei geht es darum, sich schwerpunktmäßig bestimmten gesellschaftlichen Zielgruppen zuzuwenden, was insbesondere im Sinne von sozialer Gerechtigkeit für Ausgegrenzte und Benachteiligte aller Generationen gilt.

Eine sozialistische Partei muss den Anspruch haben, mit ihren ureigenen programmatischen Vorstellungen gesellschaftliche Mehrheiten zu gewinnen, ohne dass sie etwa in die so genannte Mitte der Gesellschaft rückt, die bekanntlich ohnehin besetzt ist.

Schmerzliche Erfahrungen der letzten Landtagswahlen haben bestätigt, dass man mit dem Aufgeben oder zumindest dem Infragestellen eigener Positionen im Interesse der Annäherung an eventuelle Koalitionspartner kaum neue Wählerinnen und Wähler gewinnt, sondern das bisherige Stammwählerpotential eher verunsichert oder gar in die wachsende Schar der Nichtwählerschaft treibt.

Repräsentative Umfragen bestätigen beispielsweise, dass die Bevölkerung mehrheitlich Forderungen der LINKEN wie die Ablehnung deutscher Militäreinsätze im Ausland oder die Einführung einer Bürgerversicherung im Gesundheitswesen befürwortet oder die Rente mit 67 strikt ablehnt. Wir soll-

ten uns dessen bewusst werden, dass DIE LINKE nicht die Interessen aller Bevölkerungsgruppen vertreten kann. Sie sollte sich daher auf bestimmte Zielgruppen orientieren. So bleibt es weiterhin unsere Aufgabe, vor allem die Interessen der Benachteiligten und Ausgegrenzten aller Generationen, insbesondere der prekarierten Schichten, zu vertreten. Deshalb müssen wir uns weiterhin für die Abwicklung von Hartz IV und generell für ein Armutsbekämpfungsprogramm einsetzen. Stets muss unser Grundanliegen darin bestehen, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, damit die Betroffenen in die Lage versetzt werden, ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen zu können. So darf es z.B. bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention nicht bei unverbindlichen Ankündigungen bleiben. Vielmehr geht es um praktische Schritte hin zu einer inklusiven Gesellschaft.

Mit diesem Herangehen tragen wir auch dazu bei, dass die Protest- und Nichtwählerschaft wieder von uns stärker erreicht wird.

12.

DIE LINKE muss wieder dazu kommen, sich stärker im außerparlamentarischen Bereich, insbesondere im Bündnis mit Gewerkschaften sowie verschiedenen sozialen Bewegungen aktiv zu verorten und das parlamentarische Handeln dem deutlich unterzuordnen.

Da die gegenwärtige Gesellschaft vor allem auf der Grundlage repräsentativer Demokratie funktioniert, sorgt nicht zuletzt die Berichterstattung der Medien dafür, dass Parlamente sowie kommunale Vertretungskörperschaften eine herausgehobene Stellung genießen. Dagegen ist in Sachsen die Berichterstattung über die aktive Mitwirkung der Menschen an politischen Entscheidungsprozessen unterentwickelt. Dieser Zustand wurde insbesondere von der CDU bewusst gefördert, die sich nach wie vor etwa einer Absenkung der Hürden für Volksanträge oder Volksbegehren verweigert. Auch DIE LINKE hat offensichtlich nicht mehr die Kraft früherer Jahre, um zum Motor der Entfaltung direkter Demokratie zu werden.

DIE LINKE kann nur so erfolgreich im Parlament arbeiten, wie sie sich auf außerparlamentarische Bewegungen und Aktivitäten stützen kann. Die deutlich stärkere Zuwendung zu Gewerkschaften sowie Sozialverbänden, Vereinen und Bürgerinitiativen ist für uns geradezu überlebenswichtig. Dabei geht

es nicht darum, diese außerparlamentarischen Bewegungen zu dominieren, sondern einen gleichberechtigten Partner in ihnen zu finden. Dazu bedarf es eines langen Atems; aber einen leichteren Weg gibt es nicht.

Da unsere personellen Möglichkeiten außerordentlich begrenzt sind, können wir uns nicht mehr überall engagieren, sondern müssen unsere Kräfte gezielt an Brennpunkten einsetzen. Selbstverständlich haben Abgeordnete und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine besondere Verpflichtung zum Engagement in ihren Wahlkreisen.

13.

Um den künftigen Herausforderungen gerecht zu werden, muss sich die sächsische LINKE stärker zu einer kämpferischen und pluralistischen Mitgliederpartei entwickeln, in der möglichst viele Mitglieder in der Lage sind, die im Zeitalter der modernen digitalen Massenkommunikation angemessenen Gestaltungsmöglichkeiten umzusetzen.

Seit mehreren Jahren ist die LINKE als Bundespartei mit dem Ende ihres Gründungsbooms von 2005-2007 konfrontiert. Die damit verbundenen negativen Tendenzen eines „’Degrowth’ bei der Linken“ (Horst Kahrs) – u. a. „Vergreisung der Wählerschaft“, zunehmende Abkopplung von der beruflichen Alltagswelt, gesellschaftliche Proteststimmung eher von rechts – machen auch dem sächsischen Landesverband stark zu schaffen. Fragen der Parteientwicklung, das „Verankern, verbreiten, verbinden“ (Katja Kipping, Bernd Riexinger) der Partei in der Gesellschaft, Fragen der politischen Kommunikation usw. gewinnen vor diesem Hintergrund zunehmend an Bedeutung und bedürfen einer größeren Aufmerksamkeit.

Unter einer Mitgliederpartei verstehen wir eine Partei, die primär über ihre Mitglieder mit der Gesellschaft kommuniziert; Mitglieder, die in verschiedenen sozialen Nahwelten (Betrieb, Kiez, Verein, Familie usw.) präsent sind und damit vielfältige soziale Erfahrungen und Argumentationen in die Partei tragen. Im Umkehrschluss sind sie die besten Multiplikatoren, wenn es darum geht, Positionen der Partei in die Gesellschaft zu transportieren. Damit sie dazu in der Lage sind, müssen sie vom hauptamtlichen Partei- und Fraktionsapparat schnell und flexibel mit gut nutzbaren, anschaulichen Argumentationsmaterialien ausgestattet werden. Dies gilt sowohl für den Online- als

auch für den Offlinebereich, wobei nicht zu übersehen ist, dass durch die notwendigen Prozesse lebenslanger Bildung die Lern- und Informationsgewohnheiten vor allem bei der jüngeren und der mittleren Generationen inzwischen stark mit dem Internet verknüpft sind.

Neben dieser individuellen Kommunikation müssen wir den Fragen der politischen Massenkommunikation künftig wesentlich mehr Aufmerksamkeit schenken. Botschaften sind noch keine Slogans, und die „Verwandlung“ von alltäglicher Erfahrung in politische Standpunkte und politisches Verhalten „verläuft wesentlich komplizierter“ (Peter Porsch) als wir bisher glaubten. Strategisch kommunizieren kann nur, wer systematisch denkt und analytische Grundfragen sauber und auf einander aufbauend beantwortet: Wie sieht die Ausgangssituation der Kommunikation aus, welche Probleme sind zu lösen? Welche Kommunikationsziele sind zu erreichen und über welche Zielgruppen? Welche Botschaften müssen dazu auf welche Weise vermittelt werden und mit welchen Mitteln? Dabei ist zu beachten, dass noch immer relevante Bevölkerungsgruppen, insbesondere ältere Menschen, über keinen Zugang zum Internet verfügen.

Eine wichtige Ressource zur Erschließung neuer Themen, neuer Räume, neuer Zielgruppen bilden darüber hinaus die von sozialen Bewegungen oft praktizierten kreativen Aktionsformen, die von uns bisher zu wenig genutzt werden. Insbesondere die Verknüpfung mit Kunst macht sozialen und politischen Aktivismus attraktiver und damit das Auftreten unserer Partei spektakulärer, wirkungsvoller und vergnüglicher. Eine Vernetzung dieser Angebote mit der digitalen Sphäre muss in Zukunft als selbstverständlich gelten.

14.

Gestoppt werden muss der bislang stetige Mitgliederrückgang durch Gewinnung von Menschen aus allen Generationen, jedoch insbesondere aus der arbeitenden Bevölkerung, um die inneren Ressourcen des Landesverbandes wieder zu erhöhen.

Den Mitgliederrückgang endlich zu stoppen, ist wohl eine ganz entscheidende Herausforderung an unseren gesamten Landesverband in den nächsten Jahren. Dabei haben sich bisherige Mitgliedergewinnungskampagnen als wenig ertragreich erwiesen.

Mitglieder wurden vor allem dann gewonnen, wenn unsere Partei vor Ort mit Aktionen sichtbar war oder unmittelbare Hilfe in sozialen Notsituationen geben konnte. Das wird auch künftig so sein. Dabei dürften wir uns nicht allein auf die Ansprache an Jugendliche konzentrieren, zumal hier der Bindungswille an Parteien besonders gering ausgeprägt ist. Vielmehr kommt den Mitgliedern, die im aktiven Arbeitsprozess stehen, eine besonders große Verantwortung zu. Ähnliches trifft auf unsere Mitglieder in Gewerkschaften sowie Arbeitsloseninitiativen und Sozialverbänden zu.

Besonders notwendig sind neue Wege der Betreuung für neue Mitglieder. Sie gilt es zumindest in der Anfangsphase im Sinne von gewissen Patenschaften zu "betreuen", weil sie zu oft, wenn sie etwa über das Internet eintreten, nicht den Weg zu unseren Strukturen finden.

Die Verbesserung in diesem strategischen Bereich setzt nicht zuletzt neue demokratische innerparteiliche Informationsstrukturen voraus. Dazu sind sowohl passive Erwartungen der "Informationen von oben" zu überwinden, als auch die Informationen von unten, d. h. von der Basis der Partei und ihren Sympathisanten, maßgeblich zu intensivieren. Die mediale Vernetzung unserer Organisation, die attraktive Gestaltung unserer Öffentlichkeitsarbeit sowie die Medienkompetenz unserer Mitglieder müssen zielgerichtet weiter entwickelt werden.

Impressum

Herausgeber: Liebknecht-Kreis Sachsen (LKS),
www.liebknecht-kreis-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Michael Matthes (gum.matthes@hotmail.de)

Redaktion: Dr. Volker Külow
Gestaltung: Sören Pellmann

Redaktionsschluss: 30. April 2015